

Staatsministerium Baden-Württemberg  
Herr Peter Friedrich, Minister für Bundesrat,  
Europa und internationale Angelegenheiten  
Richard-Wagner-Straße 15  
70184 Stuttgart

16. Dezember 2015

Sehr geehrter Herr Minister Friedrich,

mit der Einladung zur zweiten Sitzung des TTIP-Beirats der Landesregierung haben Sie uns die Gelegenheit eingeräumt, eigene Vorschläge zur Ausgestaltung der anstehenden Sitzungen zu machen. Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie unsere Vorschläge bei den Vorbereitungen zur nächsten Sitzung berücksichtigen würden.

In der vergangenen Woche haben sich verschiedene TTIP-Beiratsmitglieder zusammengesetzt und überlegt, wie die zukünftigen Beiratssitzungen sinnvoll und zielführend ausgestaltet werden können. Gemeinsames Ziel der hier unterzeichnenden Akteure ist es, zu einem produktiven und fairen Austausch der zahlreichen relevanten Aspekte der Freihandelsabkommen TTIP und CETA zu gelangen und im Idealfall die Diskussionen rund um diese beiden Abkommen mit zu beeinflussen.

Zu Beginn möchten die hier unterzeichnenden Akteure betonen, dass sie sich dem durch den Verein „Mehr Demokratie e.V.“ und „BUND“ vorgebrachten Wunsch zur Einladung von Herrn Dr. Hans-Jürgen Blinn als Referent bei der zweiten Beiratssitzung anschließen. Wir möchten Sie bitten, Herrn Dr. Blinn als ausgewiesenen Experten einzuladen.

An dieser Stelle sei uns ein Hinweis zum Ablauf der Sitzungen gestattet: Wir möchten Sie als Vorsitzenden unseres Beirats darum bitten, den eingeladenen ExpertInnen jeweils eine ausgewogene Redezeit zukommen zu lassen. Zudem ist es unser Wunsch, dass Sie uns Beiratsmitgliedern deutlich Zeit für die Debatte einräumen. Auch bei der Beantwortung von Fragen der Beiratsmitglieder sollte darauf geachtet werden, dass alle Diskutanten die Chance haben, zu gleichen Konditionen zu antworten. In diesem Zusammenhang wäre es hilfreich, die Sitzungen zeitlich vor zu strukturieren und den Vortrags- und Debattenteil entsprechend zu untergliedern. Dies ist sicherlich auch für die Vorbereitung der ReferentInnen von Nutzen.

Mit den Ihrerseits vorgeschlagenen Themen für die anstehenden Sitzungen gehen wir inhaltlich konform. Es wäre uns jedoch ein Anliegen, die Thematik „Auswirkungen auf Drittländer“ (Menschenrechte) nach vorne zu ziehen und dieses nicht nur angesichts der Flüchtlingsthematik bedeutsame Thema bereits auf der übernächsten Sitzung zu behandeln. Das nachfolgend genannte Thema „Standards“ sollte unserer Einschätzung nach um eine explizite Nennung von Umweltstandards ergänzt und dann im Rahmen der vierten Sitzung behandelt werden.

Da unser Landesbeirat – bezogen auf den TTIP-Verhandlungsprozess – verhältnismäßig spät gestartet ist und die Verhandlungen im Laufe des Jahres 2016 maßgeblich vorangetrieben werden sollen, möchten wir Sie bitten, uns im Rahmen der Januar-Sitzung bereits weitere fünf Sitzungstermine für das Jahr 2016 vorzuschlagen. Unserer Meinung nach wäre es notwendig, einen 2-monatigen Arbeitsrhythmus zu vereinbaren. Dies würde es uns als Beirat erlauben, alle relevanten Themenbereiche in absehbarer Zeit abzuarbeiten. Deutlich kürzer gehaltene Abstände zwischen den Sitzungen würden zugleich dazu beitragen, zeitnah zu produktiven Ergebnissen zu kommen und hierdurch die Landesregierung in ihrer Positionierung zu TTIP und CETA zu unterstützen.

Um eine produktive Diskussion unter so vielen TeilnehmerInnen führen zu können, sollte nicht nur jede Sitzung einem klaren Schwerpunktthema unterstehen, sondern es sollten auch Leitfragen formuliert werden, anhand derer das jeweilige Thema strukturiert behandelt werden kann. In den Leitfragen sollten schon die Themenaspekte angesprochen werden, die bei dem Schwerpunktthema für kritische Diskussionen gesorgt haben. Wir möchten Sie daher bitten, gemeinsam mit Ihrer Geschäftsstelle für die kommenden Sitzungen Leitfragen zusammenzustellen und den Beiratsmitgliedern im Vorlauf zuzusenden. Zudem sollte die Möglichkeit geschaffen werden bereits im Vorfeld der Sitzungen schriftliche Stellungnahmen zu den Leitfragen zu erhalten bzw. welche der Teilnehmenden für alle Transparent zugänglich zu machen, um so eine sinnvolle Diskussionskultur und -struktur zu erlangen.

Für die anstehende Sitzung zum Thema Daseinsvorsorge haben wir beispielhaft versucht, vier zentrale Leitfragen zu formulieren. Sie können unserer Einschätzung nach hilfreich sein, bereits die zweite Sitzung zu strukturieren:

1. **Re-Kommunalisierung:** Wie kann sichergestellt werden, dass die Re-Kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen durch TTIP nicht erschwert oder leichter angreifbar ist?
2. **Negativlisten:** Durch die Nutzung von Negativlisten (wie in CETA das erste Mal geschehen) wird die öffentliche Daseinsvorsorge nicht ausreichend vor weiterem Privatisierungsdruck geschützt. Strukturen, die geschützt werden sollen, müssen alle einzeln aufgeführt werden, es besteht Gefahr, dass durch leichte Veränderungen an einer Struktur der Schutzstatus wegfällt. Zudem würden alle zukünftigen Dienstleistungen, über die wir uns heute überhaupt noch keine Vorstellung machen können, automatisch unter geltende Liberalisierungsverpflichtungen fallen.
3. **CETA als Negativbeispiel:** In CETA gelten erstmalig Negativlisten. Die Daseinsvorsorge ist durch die dortige „Public utility“-Klausel (gilt nur für Marktzugang nicht für Inländergleichbehandlung und das auch nur bei „öffentlichen Monopolen“ & Ausschließlichkeitsrechten) und dort gemachte Vorbehalte nicht ausreichend geschützt. In CETA werden somit nicht akzeptable rote Linien überschritten.
4. **Möglichkeit zu Subventionen:** Wird durch TTIP, dass in Teilen auch innerhalb der EU-Gesetzgebung kritisch diskutierte und immer wieder für Rechtsstreitigkeiten sorgende Subventionsverbot verschärft und Subventionen in der Daseinsvorsorge und im Kulturbereich damit leichter angreifbar werden?

Wir würden es begrüßen, wenn die Beiratsteilnehmer zu diesem Fragen nach der Sitzung schriftliche Stellungnahmen abgeben können, die dann auf der Homepage des TTIP-Beirates veröffentlicht werden können. In diesem Zusammenhang wäre es erstrebenswert, wenn die bisher doch recht nachgeordnete Homepage unseres Beirats prominenter platziert würde und man es den Beiratsmitgliedern gestatten würde, dort mit kurzen Statements Ihre Einschätzungen zu TTIP zu dokumentieren.

Damit die Dokumentation des Beirates und dessen inhaltlichen Stellungnahmen auch von einer breiteren Bürgerschaft wahrgenommen werden können, ist es unabdinglich, dass eine eigene TTIP-Beiratsseite auf der Internetseite des Staatsministeriums eingerichtet wird, die leicht aufgefunden werden kann. Momentan findet man Informationen zum Beirat, den Anmeldeprozeduren und TTIP nur über das Suche-Feld oder mühsame Umwege.

Zu besserer Öffentlichkeitswirksamkeit und um noch mehr Menschen eine Begleitung der TTIP-Diskussionen zu ermöglichen, schlagen wir außerdem vor, dass die Sitzungen per Live-Stream übertragen werden. Durch den Platzmangel und die kurzfristige Anmeldezeiträume bei der letzten Sitzung war es nur etwa 50 BürgerInnen möglich, als Zuschauer bei der Sitzung anwesend zu sein.

Zuletzt noch eine Bitte: Es wird vor der Beiratssitzung vor dem Gebäude eine Aktion von TTIP-Aktiven geben. Gerne würden wir Ihnen und Frau Kommissarin Cecilia Malmström vor der Sitzung symbolisch die Unterschriften der Europäischen Bürgerinitiative „STOPP TTIP“ aus Baden-Württemberg übergeben. Über 230.000 Menschen aus Baden-Württemberg haben an der Initiative teilgenommen und damit ihre kritische Sichtweise auf TTIP deutlich gemacht. Wir würden uns freuen, wenn eine Übergabe der Unterschriften vor der Sitzung mit Ihnen und Frau Malmström möglich wäre, mehr als 15 Minuten müssten Sie dafür nicht einplanen.

Wir bedanken uns schon im Voraus bei Ihnen für die Berücksichtigung der beschriebenen Vorschläge und hoffen, dass möglichst viel von ihnen Eingang in die weiteren Planungen finden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Brigitte Dahlbender  
BUND Baden-Württemberg

gez.

Sarah Händel  
Mehr Demokratie e. V.

gez.

Dr. Christian Eichert  
AÖL e. V.

gez.

Dr. Andre Baumann  
NABU Baden-Württemberg

gez.

Leni Breymaier  
verdi Baden-Württemberg

gez.

Alexander Schauenburg  
Attac Stuttgart

gez.

Cornelia Tausch  
Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

PS: Eine Kopie dieses Schreibens ging an Herrn Minister Alexander Bonde und Herrn Staatssekretär Peter Hofelich